

Dieter Klein

Eine transformatorische Regulationsweise – wie könnte sie funktionieren?

Eine neue Regulationsweise ist unausweichlich auf die Weltagenda geraten. Die marktorientierte Weise der Regulation von Wirtschaft und Gesellschaft droht in eine Klimakatastrophe und andere Elementarkonflikte zu führen. Die Verdichtung unterschiedlicher Krisen mündet in soziale Desaster, Irrationalität, Rechtspopulismus, Autoritarismus und in Gewalt bis hin zu Kriegen. Die menschliche Zivilisation steht auf der Kippe. Selbst in den Machteliten, die die Hauptverantwortung für diese Zusammenballung von Großgefahren tragen, macht sich die Ahnung breit, dass neue Weichenstellungen unvermeidlich sind.

Eine neue Regulationsweise gewinnt zivilisationsrettende Bedeutung

Der marktradikale Neoliberalismus pur ist passé! Längst wird die globale Marktkonkurrenz staatsinterventionistisch reguliert. Nach Schätzungen des IWF erreichten die finanzpolitischen Anstrengungen zur Minderung der Coronakrise bis Januar 2021 den Umfang von 14 Billionen Dollar. Es sind die privatkapitalistischen Machtzentren der Finanzwelt, die IT-Konzerne und andere Kapitaloligarchien, die sowohl die Märkte als auch die Staatsaktivitäten ihren Verwertungsinteressen unterordnen. Weltweit stieg allein im Coronajahr 2020 das Vermögen der Milliardäre um 1,9 Billionen Dollar.

Wo sollen ohne weitgehende Besteuerung großer Kapitalvermögen die gegenüber dem bisherigen Normalverlauf aufzubringenden Mehrinvestitionen von 1,5 bis 2,3 Billionen Euro zur Erreichung der – keineswegs ausreichenden – deutschen Klimaziele (The Boston Consulting Group/Prognos 2018: 87) herkommen? EU-weit müssten nach Berechnungen des Europäischen Rechnungshofs jährlich zur Realisierung der Kommissions-Klimaziele bis 2030 rund 1,115 Billionen Euro investiert werden (Sozialismus 10/2018: 15). Nach Schätzungen des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltfragen (WBGU) werden allein für die globale Transformation der Energiesysteme jährlich 200 bis 1000 Milliarden Dollar aufzubringen sein – aber erforderlich ist darüber hinaus der sozial-ökologische Umbau sämtlicher Sphären der Gesellschaft mit Aufwendungen, die nach dem Maß des Profits nicht erreichbar sind.

Eine monopoldominierte Verflechtung von Markt und Staat soll nach dem Willen einflussreicher Fraktionen der Machteliten in Richtung eines modernisierten grünen, - aber zugleich militarisierten Kapitalismus gesteuert – werden, jedoch in ihrem eigenen Verwertungs- und Machtinteresse. Das bedeutet unvermeidlich Reproduktion der Widersprüche und der Begrenztheit dieser Kapitalismusvariante.

Statt auf eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5° im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten steuert die Menschheit auf eine Erwärmung von 2,7° bis 3°

zu, die noch übertroffen werden könnten. Schon 2009 stellte der WBGU fest: „Bei einer Erwärmung über 2° droht der beschleunigte Verlust genetischer Vielfalt, Arten und Ökosysteme, da dann in vielen Weltgegenden in sehr hohem Tempo klimatische Bedingungen erreicht werden, wie es sie seit mehreren Jahrmillionen nicht gegeben hat.“ (WBGU 2009: 11)

Das bedeutet: Das bisherige letzte Maß aller Entwicklung, der Profit, und dessen Dominanz in der gegenwärtigen Regulationsweise führen zu Klimakatastrophen größten Ausmaßes. Eine einschneidend veränderte Regulationsweise als eine zentrale Säule sozial-ökologischer Transformation ist unausweichlich für die Bewahrung menschlicher Zivilisation.

Umstrittene Kombination von Teilmechanismen progressiver Regulation

In der gesellschaftlichen Linken regt sich als Antwort auf diese Konstellation eine Neubelebung der Diskussion über eine mögliche sozialistische Perspektive (z. B. Wright 2019; Dörre 2021; Brie 2022; Brangsch/Brie 2016; Deppe 2021; Zelik 2020; Candeias 2020; Klein 2013 und 2022). Relativ geringe Aufmerksamkeit findet in diesem Diskurs die Frage danach, wie denn ein Ausweg aus dem mit dem Krieg gegen die Ukraine angefachten Rüstungshype und der Einstieg in Wege zu einem demokratischen grünen Sozialismus beschaffen sein könnten und wie in einer solidarischen Gesellschaft die Regulationsweise funktionieren könnte. Das ist verständlich. Mag es sich doch als schwieriges Unterfangen erweisen, für eine Gesellschaft, die es noch gar nicht gibt, schon erkunden zu wollen, wie sie sich denn regulieren könnte (Wiesenthal 2016). Zumal wenn der neue kalte und heiße Krieg zu extremen Unwägbarkeiten führt. Doch es geht nicht darum, sich für die Zukunft Idealkonstruktionen auszudenken, sondern darum, mit Blick auf die Konturen einer künftigen solidarischen Gesellschaft bereits gegenwärtig für Veränderungen in der Regulationsweise zu wirken, um innerhalb eines Jahrzehnts einschneidende politische, soziale, ökologische und friedensorientierte Umbrüche zu erreichen.

Die hier vertretene Grundthese zur Herausbildung einer neuen Regulationsweise lautet: Sie wird durch die Kombination *erstens* staatlicher strategischer Planung und Lenkung, *zweitens* eines gebändigten Marktmechanismus und *drittens* des Handelns zivilgesellschaftlicher Akteure gekennzeichnet sein. Dabei kommt es darauf an, Bewegungsformen für die Widersprüche zwischen diesen Teilmechanismen zu finden. Ob wirklich alle drei genannten Teilmechanismen einer künftigen Regulationsweise überhaupt zu ihr gehören werden und welches Gewicht dem einen und dem anderen Element zukommen wird, ist in linken Diskursen stark umstritten.

Erik Olin Wright erwartete eine wechselseitige Ergänzung der drei genannten Grundelemente progressiver Regulation. Er betrachtete die gesellschaftliche Selbstermächtigung alternativer zivilgesellschaftlicher Akteure, die den Charakter der Planung ebenso wie des Marktmechanismus stark beeinflussen werden, als das Entscheidende dabei. Diese Auffassung wird hier geteilt. (Wright 2017: 221-374).

Unterschiedliche Standpunkte zu einer Regulationsweise auf der Höhe der Jahrhundertaufgaben sind unvermeidlich. Umso dringlicher ist eine gemeinsame Verständigung über erforderliche Eckpunkte solcher Regulationsweise. Hier werden fünf Problemkreise etwas näher skizziert:

- 1) Was sollen Ziel und Maßstab einer progressiven Regulationsweise sein?
- 2) Wie könnten sich gesellschaftliche Planung und Lenkung entwickeln?
- 3) Wie könnte der Marktmechanismus gebändigt und genutzt werden?
- 4) Was wird die Rolle zivilgesellschaftlichen Handelns in einer transformatorischen Regulationsweise sein?

Ziel und Maßstab künftiger Regulation

Regulation von Wirtschaft und Gesellschaft ist nicht vorwiegend durch ein Bündel von Instrumenten der Lenkung zu bestimmen. Es kommt darauf an, welchem Ziel der Einsatz von Instrumentarien untergeordnet wird. Die Reaktion der deutschen Machteliten auf Putins Aggression gegen die Ukraine – forcierte Rüstung, nukleare Teilhabe Deutschlands und sein verstärktes militärisches Engagement in internationalen Konflikten – lässt befürchten, dass die Ausrichtung der Regulationsweise militarisiert wird. Mit negativen Wirkungen auf eine sozial-ökologische Perspektive. Der Westen legitimiert mit einem erneuerten Feindbild eigene Konfrontationspolitik genau in dem historischen Moment, da Kooperation das Gebot für die Lösung der globalen Menschheitsprobleme geworden ist.

Vom Standpunkt der gesellschaftlichen Linken formuliert wird jede Veränderung in der Regulationsweise auf ein doppeltes Ziel des demokratischen grünen Sozialismus und aller Übergangsprozesse dahin zu richten sein: auf die *freie Persönlichkeitsentfaltung jeder und jedes einzelnen* und auf die *Bewahrung des Friedens und einer für das Leben auf der Erde gesunden Natur*. Der gesamte Regulationsmechanismus muss auf diese Zweieinigkeit zielen. Alle Regulierungsanstrengungen, alle progressive Politik sollten wie auf der Bahn einer Ellipse diese beiden voneinander nicht zu trennenden Ziele umkreisen. Gegenwärtig jedoch unterminieren wachsende soziale Klüfte die Bedingungen selbstbestimmter individueller Entfaltung im Unten und auch in der Mitte der Gesellschaft. Permanent gefährdet sind die ökologischen Gleichgewichte auf der Erde und der Frieden. Jetzt ist höchster subjektiver Alarmzustand vonnöten. Das ist die Situation, in der über eine neue Regulationsweise und ihren Inhalt nachzudenken ist.

Die digitale Revolution verleiht der Frage nach dem Sinn einer alternativen Regulationsweise zusätzliche Dramatik. Unternehmer- und Regierungskreise fordern eine Beschleunigung der Digitalisierung, weil sie ein Zurückbleiben der bundesdeutschen Wirtschaft in der internationalen Konkurrenz befürchten.

Die plurale Linke wie andere demokratische Kräfte haben eine andere Gefahr zumindest genauso ernst zu nehmen. Ein erdumspannender, bei Google, Microsoft, Apple, Facebook, Amazon und anderen IT-Giganten monopolisierter Apparat von riesigen Datenzentren, Forschungsinstituten, in Algorithmen geronne-

ner Künstlicher Intelligenz und vernetzten Servern verleiht den digitalen Konzernen die Macht, geheimste Empfindungen, Wünsche, Ängste, Emotionen, Gewohnheiten und Bewegungsmuster von Milliarden Nutzern ihrer Dienste nicht nur weitgehend unbemerkt von diesen zu erfassen und als Big Data zu speichern, sondern aktiv zu beeinflussen und in bestimmte Richtungen zu lenken. Ein Überwachungskapitalismus ist dabei, sich herauszubilden (Zuboff 2018). Reguliert werden nicht allein Volkswirtschaftsproportionen. *Reguliert wird der Mensch selbst und sein Inneres.*

Die Neue Rechte mobilisiert Gewaltbereitschaft, Fremdenhass, Rücksichtslosigkeit, Irrationalität und andere Negativeigenschaften im Menschen. Umso dringlicher wird, Menschlichkeit und Erhalt der Natur zum Maß aller progressiven Politik zu machen. Also zu fragen: „Was brauchen Menschen für ein gutes Leben?“ (Klein 2003: 122-132) Sehr schnell zeigt sich dann, was die meisten als Gemeinwohl verstehen: ‚gute Arbeit‘, menschenwürdiges bezahlbares Wohnen, sozial gleichen Zugang zu hochwertigen Gesundheitsleistungen, Bildung, Information, Kultur und Mobilität, nicht zuletzt Beteiligung an wichtigen Entscheidungen und in vielen Ländern der Welt an erster Stelle ein Leben ohne Hunger und Krieg.

Der sozialistischen Linken werden zurzeit allenfalls Kompetenzen für Gerechtigkeit zugemessen. Zuständigkeit für Menschlichkeit sollte diese Zuschreibung vertiefen.

Gesellschaftliche Prognose, Planung und Lenkung

Regulationsfragen sind Machtfragen. Eine strategisch orientierte Regulationsweise erfordert veränderte Eigentumsverhältnisse. Einer produktiven Kombination von strategischer Planung und Leitung, gebändigtem Markt und zivilgesellschaftlichem Handeln entspricht am meisten eine hybride Eigentumsstruktur, in der sich reales gesellschaftliches Eigentum, Eigentum an Commons auf dezentralen Ebenen, genossenschaftliches und Belegschaftseigentum, Kapitaleigentum und Privateigentum kleiner Warenproduzenten ergänzen.

Strategische Planung und Lenkung darf nicht so angelegt werden, dass eine breite Partizipation der Bevölkerung an Planungsprozessen und unternehmerisches Handeln blockiert werden. Sie darf nicht so unverbindlich sein, dass eine postneoliberale Entwicklung und Einstiege in eine solidarische Gestaltung der Gesellschaft auf der Strecke bleiben.

Dem würde eine indikative Planung entsprechen, verbunden mit der verbindlichen qualitativen und quantitativen Festlegung weniger strategischer Hauptaufgaben. Sie muss Leitplanken für das Wohin bestimmen, die im Ergebnis breiter öffentlicher Diskussionen einen *gesellschaftlichen Konsens* verkörpern. Das Zustandekommen eines solchen Konsens zu sichern ist eine zentrale Aufgabe, weil ohne diesen eine Verankerung gesamtgesellschaftlicher Ziele in einer demokratischen Öffentlichkeit unmöglich ist. Abweichungen der realen Entwicklung davon und Ursachen dafür müssen öffentlich benannt werden, so dass Fiskal- und Kreditpolitik, Sozial-, Umwelt- und Strukturpolitik und das Alltagsverhalten der Bevölkerung darauf reagieren können.

Gesamtgesellschaftliche Planung und Lenkung werden auf wenige Grundtrends der Entwicklung zu beschränken sein. Zum einen, um autoritärer Machtkonzentration und einer Bürokratisierung entgegenzuwirken. Zum anderen aber auch, um die zentralen Entscheidungsträger von einer Fülle von Einzelentscheidungen so weit zu entlasten, dass sie sich voll auf zukunftsentscheidende Entwicklungsprozesse konzentrieren können.

Jedoch – klima- und umweltpolitische Hauptaufgaben, die Energie- und Mobilitätswende, der umfassende Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, die sozial-ökologische Orientierung der digitalen Revolution und neue Lebensweisen werden schon in kommenden Übergangszeiten verstärkte Planung und Lenkung noch im Rahmen des Kapitalismus erfordern.

Gesellschaftsplanung und -lenkung sollten die Hauptrichtungen des technologischen Wandels, aber auch Szenarien möglicher und erstrebenswerter Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, von Produktions-, Konsumtions- und Lebensweisen umfassen. Das gilt bereits für die vor uns liegenden postneoliberalen Übergangsprozesse, die auch Eigentums- und Machtverhältnisse betreffen werden, und erst recht für eine künftige demokratisch-sozialistische Gesellschaft.

Aber die gegenwärtige Realität sieht anders aus. Die *Mainstream*-Ansätze für langfristiges Handeln, etwa der „Klimaschutzplan 2050“ und die „Nationale Industriestrategie 2030“, sind ganz überwiegend technologieorientiert. Sozialer Wandel spielt, abgesehen von allgemeinen Deklarationen, kaum eine Rolle. Das trifft exemplarisch auch für die Planung des Kohleausstiegs in den Braunkohleregionen zu. Wenn der Staat mit mehr als 40 Milliarden Euro Steuergeldern in diesen Strukturwandel eingreift, sollte dies die Chance für Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen bieten. Projekte des Umbaus könnten als Commons konstituiert werden. Über die Milliarden, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger einschneidend verändern könnten, sollten die Betroffenen selbst mitentscheiden. Aber Partizipation wird gegenwärtig weitgehend als Gewinnung von öffentlicher Akzeptanz für bereits getroffene Entscheidungen verstanden.

Eine strategische gesellschaftliche Planung und Lenkung als ein Grundelement künftiger sozialistischer Regulationsweise wird im Gegensatz zur staatssozialistischen Praxis und zur Planungsrealität im Kapitalismus partizipatorisch und emanzipatorisch verfasst sein. Sie wäre also in einen umfassenden gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess einzubetten. Aber Widersprüche sind allpräsent. Gemeinwohlinteressen sind nicht ohne demokratisch verfasstes zentrales Planungs- und Lenkungspotenzial durchsetzbar.

Aber was ist das Gemeinwohl der Gesellschaft? Marx nahm an, dass die Beschäftigten „ihre vielen gesellschaftlichen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine Arbeitskraft verausgaben“ würden (Marx 1962: 92). Er erwartete, dass es ihnen keine Schwierigkeiten bereiten würde, in Kenntnis des Gemeinwohls ihr Arbeitspotenzial in den notwendigen volkswirtschaftlichen Proportionen einzusetzen: „Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.“ (ebd.: 93) Und Engels schrieb: „Die Leute machen

alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ‚Werts‘.“ (Engels 1962: 288) Ausgeblendet werden in solcher Sicht die Widersprüche zwischen gesellschaftlichen und individuellen Interessen, zwischen kurz- und langfristigen, zwischen nationalen und internationalen Interessen.

Diese Fehlannahme wurde zu einer Grundlage staatssozialistischen Scheiterns. Sie trug erheblich zu dem Monopolanspruch der Kommunistischen Parteien bei, die angenommene Identität von gegensätzlichen Interessen in Gestalt der zentralistischen Planung erfassen und durchsetzen zu können. Das war der Weg zum Verzicht auf die stets beschworene aktive Unterstützung der Massen für den Sozialismus, der Weg zu unflexibler und ineffizienter Bürokratie.

Wie wird also zu bestimmen sein, was Gemeinwohl im Sozialismus ist – zumal es aus Millionen Gemeinwohlen bestehen wird? Das ist eine Kernfrage für künftige Regulationsweisen. Die hier vertretene Antwort ist zunächst: durch das Zusammenwirken gesellschaftlicher Planung und Lenkung, des Marktmechanismus und des Handelns zivilgesellschaftlicher Akteure, durch Bewegungsformen für die Widersprüche zwischen ihnen. Auf der Planungsebene würde dazu unter anderem gehören:

- öffentliche Kontrolle des Planungsprozesses im iterativen Austausch zwischen zentralen Gremien, Unternehmen, Verbänden, Kommunen und Repräsentanten von Commons,
- hochgradige öffentliche Transparenz von Planung und Lenkung, vor allem Verdeutlichung von jeweiligen Widerspruchs- und Problemkonstellationen in den Medien, in Anhörungen usw.
- bestmögliche Bildung für alle, eingeschlossen gesellschaftskundliche Bildung, als Bedingung für wirksame Teilhabe an Entscheidungen und Zeitwohlstand für demokratische Mitwirkung.
- Befreiung der Parlamente aus der Abhängigkeit von wirtschaftlicher Macht, unter Umständen Ergänzung des Parlamentsgefüges durch eine dritte Kammer, in der soziale Bewegungen und unabhängige Experten vertreten sind, oder auch durch Wirtschafts-, Sozial- und Öko-Räte, durch Nachhaltigkeitsräte auf allen Ebenen.
- Nutzung von Volksbefragungen, Volksentscheiden, Stadtteilversammlungen usw. für das Abwägen von Entwicklungsvarianten.

Bei der Erarbeitung gemeinwohlorientierter gesellschaftlicher Prognosen und Pläne werden Meinungsdivergenzen darüber unvermeidlich sein, was in millionenfachen Interessenskollisionen jeweils das Gemeinwohl sein könnte. Auch wenn in der Praxis Differenzen zwischen langfristigen Plänen und Marktsignalen auftreten, erfordert das Entscheidungen. Ein künftiger Regulierungsmechanismus wird daher ein System der institutionalisierten Kompromissfindung einschließen müssen. Die Parlamente und die etablierte Gerichtsbarkeit werden dafür wahrscheinlich nicht ausreichen. Auch in Nachhaltigkeitsräten, Schiedskommissionen, Mediationsverfahren und anderen neu zu schaffenden Formen werden nach demokratisch verfassten Regeln Lösungen zu suchen sein.

Dies wird wiederum eine tiefgreifende Erneuerung der politischen Kultur in der pluralen Linken selbst und in der Gesellschaft erfordern und in absehbaren Zeiten gegen durch Rechtsextremismus und Rechtspopulismus geschürte Verwahrlosung öffentlicher Diskussionen, gegen Entsachlichung, Verleumdungen und Hass durchzusetzen sein. Das wird zu einem wichtigen Teil einer sozialistischen Regulationsweise. Sie wird nur bei entwickelter Toleranz, Respekt für rationale Argumente, Akzeptanz von Widersprüchen, Verständigungsbereitschaft, Kompromissfähigkeit, Rücksicht auf Minderheiten und Empathie funktionieren. Sie wird weit mehr als ein ökonomischer Mechanismus sein. Aber wie für alle anderen Herausforderungen der Regulierung gilt auch dafür, dass die Suche nach Lösungen eine Aufgabe hier und heute ist.

Eine progressive Regulierung wird die Finanzialisierung der Wirtschaft, die Macht der Großbanken, Investmentfonds und Finanzverwalter zurückzudrängen haben. Die Fiskalpolitik wird mit einer gerechten Steuerpolitik der skandalösen Ungleichheit in der Gesellschaft entgegenwirken. Es wird herauszufinden sein, welches Gewicht neben dem Aufkommen und der Verwendung der Steuern der Geld- und Kreditpolitik in der Wirtschaftsregulierung zukommen wird.

Die Wirtschaftspolitik wird sich insgesamt aus sozialen und ökologischen Gründen auf eine Stärkung des Binnenmarktes orientieren. Mit großem Gewicht im Arsenal der Wirtschaftspolitik wird die Strukturpolitik im Verein mit Wissenschafts- und Technologiepolitik, mit Fiskal- und Geldpolitik den ökologischen Umbau sozial zu lenken haben. Anders als in Zeiten des Wachstums um jeden Preis wird die Wirtschaftspolitik, insbesondere die Strukturpolitik, für Konversionsprozesse und für den Rückbau umweltschädigender Branchen zu sorgen haben.

Eine von einer kooperativen Friedens- und Sicherheitspolitik überwölbte Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik, die Europapolitik eingeschlossen, ist ein so großes Feld, dass ihre Behandlung den hier gebotenen Rahmen sprengen würde. Mehr als je in den letzten Jahrzehnten gilt seit der russischen Aggression gegen die Ukraine, dass Friedenssicherung – nicht Militarisierung der Konfliktbearbeitung – das Grundgebot für eine funktionsfähige Regulationsweise ist.

Mit größter Wahrscheinlichkeit wird eine doppelte Transformation – im Kapitalismus und über ihn hinaus – nicht allein in einem Land erfolgreich sein können. Sicher werden zumindest einige wirtschaftsstarke Länder auf solchem Weg kooperieren. Das wird in Europa ein System gemeinsamer kollektiver Sicherheit unter Beteiligung Russlands, ausgeglichene Leistungsbilanzen, ein Ende der Austeritätspolitik, eine solidarische Finanzpolitik, einen sozial abgefederten Schuldenschnitt, die Einführung gemeinschaftlicher Kreditaufnahmen, große gemeinsame sozial-ökologische Investitionsprogramme und die Gestaltung der EU als Sozialunion erfordern. Eine neue Dimension der Solidarität in den Beziehungen der wirtschaftsstarken Länder zum globalen Süden vor allem in der Klimapolitik steht auf der Agenda. Unumgänglich wird eine schrittweise Rückabwicklung des nach der großen Krise seit 2008 institutionalisierten neuen EU-Interventionsmechanismus sein. Sozialer Frieden in den reichen Ländern, ihre

erklärten humanistischen Ziele und die Solidarität mit ärmeren Ländern erfordern Schritte zu einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik, in der der Ausbau des Sozialstaats und die Solidarität mit Migrantinnen und Migranten nicht gegeneinander in Stellung gebracht werden.

Solche Überlegungen führen bereits an die Frage heran, wie in einer sozialistischen Regulationsweise der Marktmechanismus verändert werden müsste. Die dynamisierenden, flexibilisierenden und innovativen Wirkungen des Marktes wären zu bewahren, ohne sie zu überschätzen. Aber seine sozial und ökologisch negativen Wirkungen und seine vielfache privatkapitalistische Vermachtung müssten zurückgedrängt werden.

Neukonditionierung des Marktmechanismus

Damit der Markt regulierend wirken kann, sollte auch unter sozialistischen Verhältnissen der Gewinn von Unternehmen an ihrem Erfolg auf dem Markt im Wettbewerb mit anderen Anbietern gemessen werden. Nicht vorwiegend gemessen an einer Planerfüllung. Denn dieser Maßstab hat im Staatssozialismus zu einem Interesse der Unternehmen daran geführt, bei der Erarbeitung des Plans ihre Leistungsreserven zurückzuhalten, um bei weichen Plänen leichter Gewinn zu machen. Aber der Markt an sich ist auch nicht die Lösung. Er ist kurzsichtig, sozial und ökologisch weitgehend blind. Er ist für sich genommen keineswegs ein idealer Garant volkswirtschaftlich optimaler Proportionen.

Immer wieder wird der Fall eintreten, dass den Marktimpulsen folgend gerade die Abweichung von zentralen Plänen höhere Gewinne bringt. Das kann auf die Notwendigkeit von Plankorrekturen verweisen, aber auch darauf, dass gegen falsche Signale des Marktes strategische Planziele durchgesetzt werden müssen. Wird dies für ausgewählte strategisch hochrelevante Güter bedeuten, dass ihre Preise zentral festgelegt werden sollten? Wie sollte die Vermittlung zwischen Planung und Markt in solchen Fällen aussehen? Sie wird im Zweifelsfall kaum dem unpersönlichen Marktmechanismus zu überlassen sein, aber auch nicht uneingeschränkt den Planungsgremien. Bei Kollision von Planzielen und Marktsignalen werden wohl Vertreter von Unternehmen, Banken, Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam Lösungen finden müssen. Dafür werden Regeln zu erarbeiten sein.

Marx' Anliegen war nicht, eine Preistheorie zu entwickeln. Wohl aber zu zeigen, dass den Preisen in letzter Instanz (Arbeits-) Werte zugrunde liegen. Und dass der Wert der Waren gesellschaftliche Verhältnisse privater Produktion für die Gesellschaft verkörpert – gesellschaftliche Verhältnisse. Das war der Sinn der Wertformanalyse und der Darstellung der Entfaltung des Werts bis zum Produktionspreis als Resultat des Ausgleichs von Branchenprofitraten zur Durchschnittsprofitrate.

Unter monopolistisch-oligopolistischen Bedingungen kann es keinen ungehinderten Ausgleich der Branchenprofitraten geben, nur eine Tendenz dahin (Zschocke 1987). Der Preis in Wirtschaftsbereichen, in denen – im gegenwärtigen Kapitalismus überwiegend – Oligopole dominieren, muss aber in der Regel – wenn es nicht um gravierende Strukturbrüche geht – die Reproduktion dieser

Zweige sichern. Er muss die Kosten decken und einen Gewinn sichern, der die Investitionen in die künftige Unternehmens- bzw. Branchenentwicklung erlaubt. Und höchstmögliche Dividenden für die Aktionäre. In der Oligopolwirtschaft bewegen sich die Marktpreise um einen monopolistischen Reproduktionspreis in diesem Sinne. Seine Rationalität besteht in der Sicherung der künftigen Reproduktion, jedoch bei einem Vorrang monopolistischer Profitinteressen vor gesamtgesellschaftlichen Interessen, an diesen gemessen in einer gefährlich verzerrten, oft destruktiven Weise.

In Zukunft werden sozialistische Reproduktionspreise die durch die gesellschaftliche Planung und durch Unternehmensstrategien vorgesehene langfristige Reproduktion zu sichern haben. Aber anstelle privatmonopolistischer Deformation werden die Reproduktionspreise im Sozialismus Investitionen ermöglichen, die einen Ausgleich von Unternehmens- und Gemeinwohlinteressen zum Ausdruck bringen. Dies muss eine künftige Regulationsweise zustande bringen.

In oligopolistisch verfassten Teilen der Wirtschaft ist der Preis schon längst nicht mehr der Ausgangspunkt für den Gewinn und die Herstellung von Proportionalität. Sondern nach dem Zeugnis von Herman Simon, dem Chairman des auf dem Weltmarkt führenden Unternehmens in der Preisberatung: „der Gewinn ist die sinnvollste, man kann auch sagen, die einzig sinnvolle Zielgröße der Steuerung des Unternehmens und seiner Preise.“ (Simon 2015: 34) Bei der Planung eines Produkts wird parallel zur Kalkulation der Kosten die Zielprofitrate oder die Rate der Umsatzrendite festgelegt, die mit dem Produkt erreicht werden soll. Daraus ergibt sich der Preis. Es wird nicht erst produziert und dann auf den Preis als Ergebnis von Angebot und Nachfrage gewartet. Die Realität verläuft umgekehrt. Der Markt wird in hohem Maße profitorientiert gemacht.

Die Preisbildung auf dem Markt ist nicht nur untauglich für die Regulierung der physischen und sozialen Infrastruktur, der Care-Arbeitssphäre, der gesellschaftlichen Konsumtion. Sie versagt bei der Durchsetzung großer zukunftsbestimmender Grundproportionen. Die Externalisierung der Umweltkosten aus den Preisen hat wesentlich zu einer verheerenden globalen Umweltkrise beigetragen, die in eine Klimakatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes zu münden droht. Selbst gefeierte hochtechnologische Spitzenprodukte entstanden in den marktfixierten USA häufig nur mit staatlicher Förderung und haben ihren Ursprung oft in staatlichen Forschungseinrichtungen. In das Internet, die Bio- und Nanotechnologien ist privates Risikokapital erst 15 bis 20 Jahre nach den ersten staatlichen Investitionen geflossen (Mazzucato 2014: 37).

Zwischenfazit: Der Markt-Preismechanismus ist eine notwendige Säule der Regulationsweise auch in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft, aber er bedarf starker staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einhegung, damit seine negativen Wirkungen begrenzt werden. Staatliche strategische Planung und Wirtschaftstätigkeit können die Grenzen des Marktmechanismus positiv überwinden, indem sie Aufgaben über die Regulierungspotenzen des Marktes hinaus übernehmen. Allerdings wird das nur dann sozial-ökologischen Zielen dienen, wenn der Staat durch und durch demokratisiert wird, wenn die Zivilgesellschaft sein

Funktionieren bestimmt. Es kommt darauf an, welche gesellschaftlichen Verhältnisse sie als Inhalte der Wertkategorien auch im Sozialismus herstellt.

Das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure als Teil einer sozialistischen Regulationsweise

In den meisten Vorstellungen linker Autorinnen und Autoren von einer sozialistischen Regulationsweise wird das mögliche Verhältnis von Plan und Markt erörtert. Zivilgesellschaftliche Akteure tauchen zwar auf, aber häufig nicht ausdrücklich als mindestens gleichgewichtige dritte Komponente solcher Regulation. Das andere Extrem ist die volle Aufmerksamkeit für das selbstbestimmte Handeln alternativer Akteure in ihren Projekten und Alternativen – jedoch bei geringem Bezug ihrer Aktivität auf gesellschaftliche Planung und Lenkung und erst recht auf die Wirkung des Marktmechanismus. Eher werden ihre Selbstorganisation und ihre Selbstbestimmung als Gegenpol zu einer Planung von oben aufgefasst – obwohl im Rahmen einer progressiven demokratischen Transformation die gesellschaftliche Planung gerade aus der starken Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure ihre Legitimität und Wirkungskraft gewinnen wird

Eric Olin Wright hat auf drei Wirkungswege zivilgesellschaftlicher Kräfte hingewiesen: 1. auf ihre Teilhabe an der gesellschaftlichen Planung und Lenkung, 2. auf den Einfluss, den die Gewerkschaften und Betriebsräte gegenwärtig auf die Entwicklung von Unternehmen haben und der bei einer wirtschaftsdemokratischen Umgestaltung entschieden wachsen und durch den Einfluss von anderen sozialen Bewegungen auf die Wirtschaft wesentlich erweitert werden würde, 3. auf das regulierende Wirken zivilgesellschaftlicher Kräfte durch ihr Betreiben eigener wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer und kultureller Projekte und Initiativen im breiten Non-Profit-Sektor. Wright bezeichnete das als Freiraumstrategien in den Nischen des Kapitalismus.

In solchem Wirken alternativer Akteure auf mehreren Ebenen tritt zutage, was den Sozialismus im Innersten ausmacht: die freie Persönlichkeitsentfaltung jeder und jedes einzelnen. Sie wird Realität in der Praxis der Selbstermächtigung von Bürgerinnen und Bürgern zur Gestaltung der Gesellschaft. Das ist der tiefere Grund für eine zentrale Stellung der Zivilgesellschaft in einer sozialistischen Regulationsweise. „Wir können eine Gesellschaft umso eher als sozialistisch bezeichnen, je höher der Grad gesellschaftlicher Ermächtigung mit Bezug auf das Eigentum an wirtschaftlichen Ressourcen und Fähigkeiten sowie deren Gebrauch und Kontrolle ist.“ (Wright 2017: 195)

Meist unbehandelt bleibt in der regulationstheoretischen Diskussion, dass im Kapitalismus, in progressiven Transformationsprozessen und erst recht unter künftigen sozialistischen Bedingungen das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger in ihrer alltäglichen Lebenswelt ein besonderes wesentliches Element der Regulationsweise ist. Es ist das massenhafte Verhalten, das die gesellschaftlichen Verhältnisse hervorbringt, reproduziert oder verändert. Indem Menschen ökologisch bewusst leben oder der Umwelt schaden, indem sie in ihrem Konsumverhalten den allerneuesten Modetrends hinterherjagen oder sich stärker von

kulturellen Werten leiten lassen, indem sie fremdbestimmt leben oder sich selbst zu eigenständigem Handeln ermächtigen, indem sie ausgrenzend oder solidarisch-inklusiv handeln, bestimmen sie in beträchtlichem Maße die Regulationsweise (Brand/Wissen 2017).

Schließlich: Ein Diskurs über mögliche künftige Regulationsweisen schärft die Sinne dafür, wohin eine gute Reise in den kommenden Jahrzehnten führen könnte. Wer will sich schon auf den Weg in eine Gesellschaft der Hoffnung machen, ohne eine Vorstellung davon, wie diese denn funktionieren könnte. Aber eine sozialistische Regulationsweise wird nicht irgendwann plötzlich fertig auftauchen. Ernst Bloch schrieb, der anarchische Putsch, der Revolutionarismus „lasse die Nahziele aus, überfliegt sie mit der Ungeduld schlechthin; der Reformismus verleugnet, ja verrät mit seinen bewusst kurzfristigen Zwecken das in den Nahzielen implizierte Fernziel ... Das heißt, die Horizonte und deren anfeuernder Vorschein müssen in allen Nahzielen sichtbar sein, und das durchziehende, vorleuchtende, anziehende Endziel muss in die Theorie-Praxis sämtlicher Nahziele hineinwirken, als Entelechie aller aussichtsreichen revolutionären Bewegungen. Revolutionäre Theorie ist also nur eine, wenn sie solcher Vermittlung von Nahzielen und Endziel sich widmet.“ (Bloch 1985:122)

Der Blick auf eine künftig mögliche, aber noch-nicht-gewordene Regulationsweise leitet das Aufspüren aller Formen, die zu ihr hinführen könnten, beispielsweise in der Klimaschutzplanung, Regionalplanung, Stadtentwicklungsplanung und partizipativen Haushaltsplanung. Aber dieser Blick erfordert auch die Kritik und das Zurückdrängen der kapitalistischen Verhältnisse, die das Zukunftspotenzial solcher Ansätze ersticken.

Das alltägliche Funktionieren des Marktes für die Versorgung der Bevölkerung und seine verheerenden Defizite, wenn es um die großen Probleme unserer Zeit geht, verweisen auf ein kritisches „Aufheben“ des Marktes in einer künftigen Regulationsweise. Wo der Marktmechanismus in tiefe Krisen mündet, entstehen Konflikte, die eine neue Regulation herausfordern, ob in der Lausitz, in der Krise der Automobilindustrie oder auf dem Wohnungsmarkt. Dann brechen wie in der Forderung nach Enteignung von „Deutsche Wohnen & Co.“ auch Eigentumsfragen auf, die in einer künftigen Regulationsweise gelöst werden müssen.

Die Selbstermächtigung von Bürgerinnen und Bürgern heute in Projekten und Initiativen zur Verbesserung ihres eigenen Lebens und der Gesellschaft enthält schon den Vorschein der künftigen Rolle zivilgesellschaftlicher Kräfte in einer sozialistischen Regulationsweise.

Das Nachdenken über eine sozialistische Regulationsweise ist eben doch kein irreales Unterfangen. Es ist eine Aufgabe zur Gestaltung der Gegenwart mit dem Blick auf die Horizonte von morgen.

Literatur

Bloch, Ernst (1985): *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt/Main

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise*. München

- Brangsch, Lutz/Brie, Michael (2016): Das Kommunistische. Oder: Ein Gespenst kommt nicht zur Ruhe. Hamburg
- Brie, Michael (2022): Sozialismus neu entdecken. Hamburg
- Candeias, Mario (2020): Was tun und wo anfangen? 11-Punkteplan für einen neuen Sozialismus. In: Socialism for Future. Zeitschrift LuXenburg. Berlin
- Dahn, Daniela (2019): Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung. Hamburg
- Deppe, Frank (2021): Sozialismus. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven. Hamburg
- Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin
- Engels, Friedrich (1962): Anti-Düring. In: MEW. Bd. 20. Berlin
- Europäischer Rechnungshof, zitiert in: Sozialismus H. 10/2019: 15
- Klein, Dieter (2022): Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökologische Transformation funktionieren könnte. Hamburg
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg
- Klein, Dieter (2003): Wo bleibt der produzierte Reichtum? Rosa Luxemburg-Stiftung, standpunkte 3. Berlin
- Land, Rainer (2019): Ökokapital. Bedingungen der Möglichkeit eines neuen Regimes wirtschaftlicher Entwicklung. Ein systemtheoretischer Bauplan. Unv. Manuskript. Berlin
- Marx, Karl (1962): Das Kapital. In: MEW. Bd. 23. Berlin
- Mason, Paul (2016) Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie. Frankfurt/M.
- Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München
- Rosa Luxemburg Stiftung (Hrsg.) (2019): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. Berlin
- Simon, Herrmann (2015): Preisheiten. Alles, was Sie über Preise wissen müssen. Frankfurt a. M./New York
- Streeck, Wolfgang (2019): Der alltägliche Kommunismus. Eine neue Ökonomie für eine neue Linke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 6
- The Boston Consulting Group/Prognos (2018): Klimapfade für Deutschland.
- WBGU (2009): Kassensturz für den Weltklimavertrag: Der Budgetansatz. Sondergutachten.
- Wiesenthal, Helmut (2016): Gesellschaftssteuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung. Wiesbaden
- Wright, Eric Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Berlin
- Zelik, Raoul (2020): Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus. Berlin
- Zschocke, Helmut (1987): Monopolpreis und heutige Anforderungen an die Akkumulation. IPW- Forschungsheft. Berlin
- Zuboff, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt/New York